

Keine Frau ist frei, solange nicht alle frei sind!*

Prof. Dr. Ulrike Lembke

Freie Rechtswissenschaftlerin und Richterin des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin

Die Festrede wurde zum Jubiläum von DaMigra am 7. November 2024 in Berlin gehalten. Es wird der Originalwortlaut wiedergegeben, der lediglich um einige Nachweise ergänzt wurde. Wenn Sie diesen Text lesen, gibt es DaMigra vielleicht bereits nicht mehr. Mit dem vorzeitigen Ende der Bundesregierung ist die notwendige Förderung entfallen. Und zu einer institutionellen Absicherung von DaMigra konnte die Politik sich nicht durchringen, es war wohl doch zu unbequem. Die Lücke ist nicht zu schließen. Wenn Sie noch versuchen wollen, bei der Rettung zu helfen: <https://www.damigra.de/>.

Festrede zur Feier des 10jährigen Bestehens von DaMigra (Dachverband der Migrantinnenorganisationen)

Sehr geehrte Anwesende,
es ist mir eine große Ehre, heute Abend hier sprechen zu dürfen!
Ich gebe zu: Als Delal Atmaca mich angerufen und um diese Festrede gebeten hat, habe ich erstmal herzlich gelacht. Ich bin weiß¹, habe einen deutschen Pass [...] und mein Vorname kommt aus dem Mittelhochdeutschen – eine krassere Fehlbesetzung für die Jubiläumsrede bei DaMigra, überdies noch unter dem Motto „Powersharing“, kann mensch sich wohl kaum vorstellen. Aber Delal hat darauf bestanden. In den folgenden Tagen der Vorbereitung ist mir das Lachen dann ziemlich vergangen. Aber das gehört nicht hierher, denn es ist Ihre Party. Dann habe ich überlegt, mich in Zitate zu flüchten von Sojourner Truth über bell hooks, Kimberlé Crenshaw und Audre Lorde bis zu May Ayim [...]. Doch es ist heute nicht meine Aufgabe, Sie zu beeindrucken, und die Zitate nehme ich besser mit in die weißen deutschen feministischen Kontexte, in die ich häufig eingeladen werde.² Mit was also bin ich heute Abend hier? Mit großer Dankbarkeit, persönlich wie politisch.

10 Jahre DaMigra – das sind 10 Jahre Vernetzung und 10 Jahre mehr Sichtbarkeit und Hörbarkeit migrantischer Selbstorganisationen und Frauenbewegungen! Es sind aber auch 10 Jahre frustrierender politischer Kämpfe, 10 Jahre weiße Widerstände, 10 Jahre mit viel Einsamkeit und Alleingelassenwerden.

Vor fast fünfzehn Jahren ist vom BMFSFJ eine Studie veröffentlicht worden.³ Das Ergebnis beschreibt das Ministerium damit, dass „Migrantinnenorganisationen häufig Selbsthilfe zur Überwindung benachteiligender Strukturen leisten und eine Brückenfunktion zur Mehrheitsgesellschaft erfüllen“, womit sie „einen wichtigen Beitrag zur Integration für sich und ihre Familien“ leisten.⁴ (Witzig, ich dachte immer, Integration wäre eine Staatsaufgabe.) Mit anderen Worten war das Ergebnis, dass es sehr viele migrantische Selbstorganisationen, gerade auch von

Frauen, gibt, dass sie sehr aktiv sind und sehr viel ehrenamtliche politische und gesellschaftliche Arbeit leisten und dass sie nicht sichtbar sind, weil sie übersehen und übergangen werden. Damit auch weiße deutsche Feministinnen, Politiker*innen, Verbände und staatliche Stellen in die Lage versetzt werden konnten, das Offensichtliche wahrzunehmen, wurde DaMigra als Dachverband⁵ gegründet. Seitdem ist weiterhin eine unglaubliche Arbeit geleistet worden.

Und hin und wieder werden Delal Atmaca oder ihre Kolleginnen auch von weißen Feministinnen eingeladen. Manchmal wird ihnen höflich zugehört. Manchmal ist dafür leider keine Zeit. Immer wird gesagt, wie sehr wichtig diese migrantische Perspektive und Intersektionalität sind. Und nur wenig später erfahren sie – oft nicht einmal von den weißen Kolleginnen selbst – dass diese Perspektive leider wieder herausgestrichen werden musste aus den politischen Forderungen. Wahlweise mit folgender Begründung, Zutreffendes bitte ankreuzen: (1) Das ist zu komplex. (2) Das wird zu lang. (3) Das versteht niemand. (4) Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren. (5) Das betrifft nur eine Minderheit. (6) Wir Frauen müssen jetzt alle mal zusammenhalten.

Ja, allerdings, das müssen wir! Weiße deutsche Frauen, auch Feministinnen, haben immer von Rassismus profitiert. Wir müssen uns das endlich eingestehen und unser Verhalten ändern.⁶ Ich bin zutiefst dankbar, dass Sie alle trotz der ungleich schlechteren Bedingungen, trotz Unsichtbarkeit und fehlender Solidarität, quasi ohne Ressourcen, im Fadenkreuz von Rassismus, Sexismus, Armut und Ausschlüssen all die Jahre so politisch aktiv waren!

* Das ist eine Kurzfassung des berühmten Zitats von Audre Lorde, The Uses of Anger: Women Responding to Racism (1981), in: Sister Outsider, 2007, S. 124 (132 f.): „I am not free while any woman is unfree, even when her shackles are very different from my own. And I am not free as long as one person of Color remains chained. Nor is anyone of you.“

1 Diese übliche Schreibung weist darauf hin, dass es nicht um Hautfarben oder gar „Rassen“ geht, sondern um weiße Privilegien und Rassismus als soziale Struktur, wovon auch die Rednerin grundlegend profitiert.

2 Warnung: Die wenigen Nachweise in den Fußnoten sind absolut unvollständig. Wer sich als weiße gojische Deutsche noch nicht bewusst mit Rassismus beschäftigt hat, könnte hiermit anfangen: Aydemir, Fatma / Yaghoobifar, Hengameh (Hg.): Eure Heimat ist unser Albtraum, 2019; Coffey, Judith / Laumann, Vivien: Gojnormativität, 2021; Ogette, Tupoka: exit RACISM, 2017; Sow, Noah: Deutschland Schwarz Weiß, 2018. Zum Nachschlagen: Arndt, Susan / Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache, 2011.

3 BMFSFJ (Hg.), Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland, 2010.

4 Siehe <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/migrantinnenorganisationen-in-deutschland-81948>.

5 Mehr dazu: <https://www.damigra.de/>.

6 Im djb hat sich in den letzten Jahren viel positiv bewegt. Aber die weißen deutschen Juristinnen als große Mehrheit der Mitglieder und der Verband selbst haben noch einen langen Weg vor sich.

Und ich bin zutiefst dankbar, dass einige trotz allem noch zur Zusammenarbeit bereit sind!

Das ist auch notwendiger denn je, denn die politische Lage sieht schrecklich aus. In den USA ist ein alter *weißer* Mann an die Macht gekommen, der Frauen hasst, Mauern bauen, Institutionen zerschlagen und hunderttausende deportieren will. In Deutschland hat sich eine Bundesregierung verabschiedet, die nichts für Frauenrechte getan,⁷ aber das Asylrecht verschärft bzw. faktisch abgeschafft und rechtspopulistische Parteien befürwortet hat. Asyl ist ein Menschenrecht! Es steht nicht zufällig im Grundgesetz. Und es kann da auch nicht einfach herausgeschnitten werden, ohne die Idee von Grund- und Menschenrechten aufzugeben.⁸ Die Verfassung ist kein Süßwarenladen [...]! Keine Frau in Deutschland ist frei, solange nicht alle frei sind!

Weiße Deutsche haben immer von Rassismus profitiert, aber sie haben auch von migrantischen Kämpfen profitiert, und beides war oft untrennbar verbunden.

Springen wir einmal über 100 Jahre zurück. Im Kaiserreich, vor allem im preußischen Berlin, herrscht große Aufregung. Die öffentliche Sittlichkeit und die holde deutsche Weiblichkeit sind in Gefahr! Der Untergang des Abendlandes droht! Grund sind einige russische Medizinstudentinnen, die an deutschen Universitäten ihr Studium aufgenommen haben.⁹ Offensichtlich handelt es sich durchweg um Anarchistinnen, die politische Reden führen, auf der Straße rauchen, die Studienbedingungen kritisieren, später Ärztin werden wollen, eine eigene Meinung haben und auf brave deutsche Bürgerstöchter Einfluss nehmen könnten. Es gibt inzwischen historische Forschung, die nahelegt, dass das Frauenstudium in Deutschland nicht nur eingeführt wurde, weil deutsche Frauen und Männer dafür gekämpft haben, weil es eine Gerechtigkeitsfrage war oder weil der Druck aus dem Bildungsbürgertum zu groß wurde. Ein wesentlicher Grund für die rechtlich geordnete Zulassung von Frauen an Universitäten war wohl auch, dass ausländische Studentinnen danach vom Staat überprüft, abgelehnt oder exmatrikuliert werden konnten.¹⁰ Man wollte sie an den deutschen Universitäten nicht haben, sie brachten zu viele revolutionäre Ideen (wie gute Studienbedingungen) und zu viel politische Erfahrung mit.

Dieses Vorgehen gegen migrantische Aktivist*innen hatte Tradition. Ende des 19. Jahrhunderts kam es immer wieder zu Massenausweisungen aus Preußen, die selbst die anderen europäischen Kolonialmächte ungewöhnlich fanden.¹¹ Zehntausende Menschen wurden über die Ostgrenze des Reiches abgeschoben. Sie alle waren ausländische Arbeitskräfte, die das deutsche Kaiserreich dringend gebraucht hatte. Aber unter ihnen waren auch die „Polnischen Gewerkschafter“, welche ihre tragen deutschen Kollegen zu Streiks ermutigten. Als Kollektivstrafe folgte die Massenausweisung. Der deutsche Staat hatte solche Angst vor den ausländischen Rebellen, dass auch bei der sehr späten Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1913 nichts reformiert wurde.¹² Es blieb beim Recht der Abstammung, der Geburtsort zählte nicht, Einbürgerung war fast unmöglich. Dieses Staatsangehörigkeitsrecht, das die *weiße* deutsche Bevölkerung rein erhalten sollte, blieb bis 2001 nahezu unverändert in Kraft.

Das System der massenweisen Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte mit Kollektivstrafen bei politischer Tätigkeit blieb ein bewährtes deutsches Modell. Hundert Jahre nach den preußischen Massenausweisungen legten in 300 Betrieben in der BRD migrantische Arbeiter*innen die Arbeit nieder.¹³ Sie forderten gleichen Lohn, kleine Verbesserungen der unmenschlichen Arbeitsbedingungen und „1 DM mehr für alle“. Ohne migrantische Arbeitskräfte wäre das deutsche Wirtschaftswunder nicht möglich gewesen. Heute wird geschätzt, dass sie zudem ca. 2 Millionen Deutschen den sozialen Aufstieg vom Arbeiter zum Angestellten ermöglichten. Aber teilen wollte man nicht. Dies zeigte sich exemplarisch beim sog. wilden Streik der migrantischen Ford-Mitarbeiter in Köln. Die Gewerkschaft stellte sich gegen sie, die BILD hetzte, ihre *weißen* deutschen Kollegen unterstützten sie nicht. Vielmehr wurden sie von deutschen Streikbrechern verprügelt, von der Polizei misshandelt, verhaftet, verurteilt, massenweise entlassen und vielfach abgeschoben.

Weniger bekannt sind erfolgreiche migrantische Frauenstreiks in Deutschland.¹⁴ Seit den 1970er Jahren wehrten sich koreanische Pflegekräfte, die von Massenentlassungen betroffen waren, und organisierten schließlich sogar einen transnationalen Streik mit Textilarbeiterinnen des deutschen Unternehmens Adler in Korea.¹⁵ Bei Pierburg in Neuss verlangten die migrantischen Arbeiterinnen 1973 auch „1 DM mehr für alle“, vor allem aber forderten sie die Aufhebung der „Leichtlohngruppe II“,

- 7 Bürcker, Teresa: Nullrunde in der Gleichstellungspolitik oder: die progressive Wählerin als gehorsame Frau, 17. Oktober 2024, online: <https://steadyhq.com/de/teresabuecker/posts/b9c7ac55-098f-47da-ad46-8ed090de8d5f>.
- 8 Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte: Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2023 – Juni 2024. Bericht an den Deutschen Bundestag, 2024, Vorwort, online: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/>.
- 9 Grundlegend Burchardt, Anja: Blaustrumpf – Modestudentin – Anarchistin? Deutsche und russische Medizinstudentinnen in Berlin 1896–1918, 1997, S. 50–92.
- 10 Mazón, Patricia: Das akademische Bürgerrecht und die Zulassung von Frauen zu den deutschen Universitäten 1865–1914, in: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hg.): Zur Geschichte des Frauenstudiums und Wissenschaftlerinnenkarrieren an deutschen Universitäten, Bulletin Texte 23 (2001), S. 1 (6 ff.), online: <https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletin-broschueren/bulletin-texte/texte-23/bulletin-texte-23>.
- 11 Althammer, Beate in: Coşkun, Altay / Raphael, Lutz (Hg.): Fremd und rechtlos?, 2014, S. 301–330; Gosewinkel, Dieter: Einbürger und Ausschließen: die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit, 2001, S. 219 ff.
- 12 El-Tayeb, Fatima: Schwarze Deutsche. Der Diskurs um „Rasse“ und nationale Identität 1890–1933, 2001, S. 135 ff.; Ndahayo, Emmanuel: Staatsbürgerschaft – wie werden aus Schwarzen Deutsche?, 2020, S. 71 ff.; Trevisiol, Oliver: Die Einbürgerungspraxis im Deutschen Reich 1871 bis 1945, 2006, S. 44 ff.
- 13 Hierzu und zum Folgenden: <https://www.swr.de/swrkultur/wissen/die-wilden-streiks-von-1973-wie-gastarbeiter-fuer-faire-behandlung-kaempften-swr2-wissen-2023-06-29-100.html>, sowie <https://domid.org/news/wilde-streiks-1973/>; zum Kontext Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, 2007.
- 14 Cafaro, Nuria: Selbstorganisierung von Migrantinnen in Westdeutschland, 21. Juli 2023, online: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/selbstorganisierung-von-migrantinnen-westdeutschland>.
- 15 Vgl. Cafaro (Fn. 14); Cho-Ruwwe, Kook-Nam in: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación / Tuzcu, Pinar (Hg.): Migrantischer Feminismus in der Frauenbewegung in Deutschland (1985–2000), 2021, S. 117 (120 ff.).

in der nur Frauen beschäftigt waren, die 40 Prozent weniger Lohn für die gleiche Arbeit erhielten.¹⁶ Der Streik in Neuss war erfolgreich. *Weiße* Kolleg*innen solidarisierten sich. Am Ende gab es 30 Pfennig mehr für alle und die Abschaffung der Leichtlohngruppe II. Hätte das Schule gemacht, wären überall in der BRD *weiße* Frauen und Männer solidarisch gewesen – wer weiß, wie Deutschland heute aussehen würde? Wir hätten vielleicht eine kampferprobte Arbeiter*innenschaft, soziale Rechte, gute Arbeitsbedingungen, mehr soziale Gerechtigkeit, vielleicht große Gewerkschaften, und ganz sicher keine Lohnlücke von 18 Prozent zu Lasten von Frauen, es gäbe keinen Gender Pay Gap!

Auch der Migration Pay Gap¹⁷ wäre deutlich kleiner oder verschwunden, ausländische Bildungsabschlüsse würden unkompliziert anerkannt und es gäbe gerechte Entlohnung, weil darum gekämpft wird. Vielleicht gäbe es keinen Fachkräftemangel in Deutschland, unvorstellbar. 1973 hätte die Geschichte der Arbeitskämpfe und damit die deutsche Geschichte einen anderen Weg nehmen können. Aber es fehlte an Solidarität mit migrantischen Kämpfen, an Powersharing, am Verständnis dieser Kämpfe als eigenes politisches Anliegen.

Und das hat sich leider immer wieder wiederholt. Besonders deutlich wurde das 1989/90. Die alte BRD hatte ein fundamentales Gleichstellungs- und Modernisierungsdefizit. Sie stand deutlich schlechter da als andere Staaten in Westeuropa, was insbesondere Frauenrechte anging.¹⁸ Mit 18 Millionen neuen Bundesbürger*innen aus dem Osten, die ganz andere Erfahrungen gemacht hatten, gab es die Chance auf große Veränderungen.

Stattdessen wurde ostdeutschen Frauen das patriarchale Vaterland mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung übergestülpt, politischer Stillstand statt Veränderung und es entwickelte sich ein rasender Nationalismus.¹⁹ Was in zwei Tagen hier in Berlin wieder groß gefeiert werden wird, war auch der Beginn einer Zeit des Terrors für geflüchtete und migrierte Menschen, für Schwarze Deutsche, für ausländische Arbeitskräfte in Ost und West, für jüdische Deutsche, für People of Color und im Exil lebende Menschen.²⁰

Im Oktober 1990 entschied das BVerfG, dass ausländische Menschen kein Wahlrecht haben können; auch nicht in den Kommunen, in denen sie teils seit Jahrzehnten leben; weil sie nicht zum „deutschen Volk“ gehören. 1993 wurde das Asylrecht des Grundgesetzes fast vollständig ausgehöhlt. Als die Bundesregierung 1998 rot-grün wurde, gab das ihrem Innenminister Otto Schily Gelegenheit, über Jahre zu verhindern, dass geschlechtsspezifische Verfolgung als Fluchtgrund auch in Deutschland anerkannt werden muss.²¹

Und wo waren die *weißen* deutschen Feministinnen? May Ayim hat es leider treffend auf den Punkt gebracht: „Auch in der Frauenbewegung wurde Deutsch-Deutsches diskutiert und gefeiert, als wäre Deutschland ausschließlich weiß und das Zentrum der Welt.“²² Ostdeutsche Frauenbewegungen hatten Antirassismus in ihre politischen Forderungen geschrieben und meinten das auch so. Aber *weiße* Ostdeutsche hatten oft keinerlei Praxis mit antirassistischen Bündnissen, mit migrantischen Frauen, verstanden die westdeutsche Politik nicht und verstummten schnell in Resignation. Auch in der westdeutschen

Frauenbewegung wurde es still, mensch war enttäuscht. Im Prozess der Deutschen Einheit wurden Frauenrechte und Fremdenrechte eliminiert. Der patriarchale Nationalismus siegte. Und die deutsche Frauenbewegung wurde für viele Jahre sehr *weiß*, weil deutsche Frauen nicht in der Lage waren, solidarisch zu kämpfen und ihren eigenen Rassismus zu reflektieren.

Deutsch-deutsche feministische Begegnungen waren so blind für *weiße* Privilegien, Rassismus und nationalistischen Terror, dass viele Wege sich trennen mussten. Bei dem Kongress „Frauen gegen Nationalismus – Rassismus / Antisemitismus – Sexismus“ vom 16. bis 18. November 1990 in Köln wurde versucht, an einem Wochenende seit Jahrzehnten Versäumtes aufzuarbeiten oder gar weiter zu verdrängen.²³ Vom 8. bis 10. Juni 1990 hatte bereits eine „Tagung von/für ethnische und afro-deutsche Minderheiten“ in Bremen stattgefunden; vom 3. bis 6. Oktober 1991 gab es dann in Berlin den zweiten bundesweiten „Kongress von und für Immigrantinnen, Schwarze deutsche, jüdische und im Exil lebende Frauen“.²⁴ Etliche Frauen hier waren damals dabei. Ihre Geschichten werden erst langsam gehört und fast immer von nicht-*weißen* Frauen veröffentlicht und in Erinnerung gebracht. Und es gibt sehr viele wichtige und höchst ermutigende Geschichten,²⁵ wie geflüchtete und migrierte Frauen, jüdische Frauen, Schwarze deutsche Frauen, im Exil lebende Frauen, von anti-asiatischem Rassismus betroffene Frauen, Sintezze und Romnia sich vernetzt und verbündet haben, wie sie politisch gekämpft haben, wie sich ihnen mit dem Mauerfall neue Perspektiven und Begegnungen eröffnet haben, was sie geleistet

16 Siehe <https://domid.org/news/pierburg-streik-solidaritaet-unter-arbeiterinnen/>; <https://de.labournet.tv/video/6489/pierburg-ihr-kampf-ist-unser-kampf>; Braeg, Dieter (Hg.): „Wilder Streik – das ist Revolution.“ Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973, Berlin 2012.

17 Aldashev, Alisher / Gernandt, Johannes / Thomsen, Stephan L.: The Immigrant Wage Gap in Germany, ZEW Discussion Paper No. 08-089, 2008, <https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp08089.pdf>; Amo-Agyei, Silas: The Migrant Pay Gap, ILO 2020, unter www.ilo.org; Brecht-Heitzmann, Holger / Martínez Girón, Jesús Federico / Arufe Varela, Alberto: Schutz vor Diskriminierung für weibliche Hausangestellte, in: ZESAR 2023, S. 59-64.

18 Vgl. Gerhard, Ute: Für eine andere Gerechtigkeit. Dimensionen feministischer Rechtskritik, 2018, S. 293 ff.

19 Vgl. Aleksander, Karin / Auga, Ulrike E. / Dvorak, Elisaveta / Heft, Kathleen / Jähnert, Gabriele / Schimkat, Heike (Hg.): Feministische Visionen vor und nach 1989. Geschlecht, Medien und Aktivismen in der DDR, BRD und im östlichen Europa, 2022, online: <https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2022/10/9783847416753.pdf>; Young, Brigitte: Triumph of the Fatherland: German Unification and the Marginalization of Women, 1999.

20 Lesenswert: Lierke, Lydia / Perinelli, Massimo (Hg.): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, 2020.

21 Grundlegend Brabandt, Heike: Internationale Normen und das Rechtssystem: Der Umgang mit geschlechtsspezifisch Verfolgten in Großbritannien und Deutschland, 2011, insbes. S. 146 ff.

22 Ayim, May, in: Hügel/Lange/Ayim/Bubeck/Aktaş/Schultz (Hg.), Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, 1993, S. 206 (212).

23 Dokumentation durch Kaufmann, Bettina / Jakobsohn Michèle / Ghirmazion, Asgedech (Red.): Blick zurück im Zorn, o.J. Siehe auch Lennox, Sarah: Geteilter Feminismus, in: Freiburger Frauenstudien 1/1995, S. 133-149, <https://d-nb.info/1187051357/34>.

24 Dokumentation beider Veranstaltungen durch Ayim, May / Prasad, Nivedita (Hg.): Wege zu Bündnissen, in Kooperation mit der FrauenAnstiftung, 1992.

25 Lesenswert: Piesche, Peggy (Hg.): Labor89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost, 2019.

haben im politischen Kampf für Asylrecht als Menschenrecht, für gerechte Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen, für diskriminierungsfreie Bildung, für Erinnerungsarbeit, gegen intersektionale Diskriminierung, geschlechtsspezifische und rassistische Gewalt, gegen Menschenhandel und Ausbeutung, gegen Behördenwillkür und Rechtlosigkeit. Diese Geschichten müssen mehr erzählt und in breiteren Bündnissen fortgesetzt werden.

Dazu müssen privilegierte Frauen Macht teilen, sie müssen zuhören und lernen wollen, ihr Verhalten ändern und solidarisch sein. Und es gibt viel zu lernen und zu ändern.

Ich habe die migrantischen Arbeitskämpfe schon erwähnt. Wir brauchen mehr davon. Frauen werden im Erwerbsleben immer noch krass diskriminiert, migrantische Frauen noch viel krasser. Wir brauchen mehr wilde Streiks, mehr Radikaliät, gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für alle, Anerkennung von Abschlüssen, effektive Bekämpfung von Belästigung, Diskriminierung und Gewalt im Arbeitsleben.

Oder geschlechtsspezifische Gewalt: Die deutsche Politik wird nur tätig, wenn sie glauben darf, dass es um Gewalt von „Fremden“ geht. Dann wird symbolisches Strafrecht erlassen und die Ausweisungs- und Abschiebungsregeln werden verschärft. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen diskriminierungsfreie Unterstützung und Hilfe für alle Betroffenen und wir brauchen Prävention, Prävention, Prävention und gesellschaftlichen Wandel, um patriarchale Gewaltstrukturen zu beenden. Unser Ex-Finanzminister hat das Gewalthilfegesetz liegengelassen, weil es ihm zu teuer war. Für Prävention gibt es quasi gar kein Geld. Nur rassistisch motivierte Strafgesetze gehen immer. Das muss aufhören.

Im Gewaltschutz muss sich aber auch viel ändern und müssen einige *weiße* Feministinnen noch hart an sich arbeiten. Gewaltschutz muss immer intersektional sein. Gewalt gegen Frauen betrifft alle Frauen, aber sie trifft sie unterschiedlich.²⁶ Die Mehrheit der Frauen in Frauenhäusern ist nicht *weiß* oder hat nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, der Großteil ist arm.²⁷ *Weiße* deutsche Akademikerinnen erleben auch Gewalt, aber sie haben andere Ressourcen und Privilegien im Umgang damit. In den Frauenhäusern gab es ab den 1980er Jahren harte Kämpfe. Migrantische Frauen wollten nicht mehr nur Opfer und Objekt sozialer Fürsorge oder ehrenamtliche Unterstützerinnen sein. Sie forderten 50/50 bei den hauptamtlichen bezahlten Stellen – Powersharing. Es hat viele Auseinandersetzungen und sogar migrantische Besetzungen von Frauenhäusern gegeben, aber geklärt ist das Ganze noch nicht. Dabei kann Feminismus nur gelingen, der nicht selbst paternalistisch wird.

Und die migrantische Perspektive zeigt, was wir alle wissen sollten: Es geht um Strukturen und nicht um individuelles Versagen! Gewalt gegen Frauen wird durch Patriarchat, kapitalistische Strukturen und Rassismus begünstigt.²⁸ Viele Frauen können ihren gewalttätigen Partner nicht verlassen, weil sie kein eigenes Aufenthaltsrecht haben. Das darf nicht sein. Viele Frauen können ihren gewalttätigen Partner nicht verlassen, weil sie arm sind. Und sie sind arm, weil sie auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden, als migrantische Frauen besonders krass. Das muss aufhören! Es gibt keine Freiheit ohne Freiheit von Gewalt. Und keine Frau ist frei, solange nicht alle frei sind!

Deshalb braucht es auch endlich ein echtes Asylrecht bei geschlechtsspezifischer Verfolgung! Der EuGH hat entschieden, dass jede Frau in Afghanistan wegen ihres Geschlechts verfolgt wird und daher grundsätzlich Anspruch auf Schutz hat.²⁹ Wo ist das deutsche Aufnahmeprogramm? Der deutsche Staat begünstigt Menschenrechtsverletzungen an Frauen, indem er andere Staaten machen lässt, wenn es deutschen Wirtschaftsinteressen dient. Deutsche Unternehmen verletzen Menschenrechte im Ausland, aber Deutschland blockiert Verantwortung durch ein Lieferkettengesetz. Der deutsche Lebensstandard treibt den Klimawandel voran, der zuerst und am stärksten Frauen trifft. Wir haben Verantwortung. Asylrecht ist Menschenrecht!

Und es kann der *weißen* deutschen Mehrheitsgesellschaft auch nur guttun, wenn andere Menschen nach Deutschland kommen und internationale Vernetzungen entstehen. (Wobei schön wäre, wenn das künftig freiwillig geschieht.) Denn auch die *weiße* Frauenbewegung muss noch so viel lernen.

Latinamerikanischen Frauenbewegungen verdanken wir den Begriff des Femi(ni)zids, der beschreibt, dass tödliche Gewalt gegen Frauen auf patriarchalen Strukturen beruht und nicht ein individuelles Schicksal ist.³⁰ So muss sie auch bekämpft werden. Wir verdanken Schwarzen Aktivistinnen aus den USA das Konzept reproduktiver Gerechtigkeit.³¹ Mit der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs allein lassen sich weder Wahlkämpfe gewinnen noch Gesellschaften grundlegend verändern. Es geht um freie Entscheidungen gegen erzwungenes Schwangersein für alle Menschen, die schwanger werden können oder ungewollt schwanger sind. Es geht aber ebenso um freie Entscheidungen für Kinder. Seit dem Kaiserreich werden nicht-*weiße*, nicht-deutsche, arme oder behinderte Menschen daran gehindert, Familien zu gründen und Kinder zu haben und großzuziehen. Das hat eine durchgängige Kontinuität. Und es geht um die Frage, wie unsere Gesellschaft aussehen soll, damit Menschen hier Kinder großziehen wollen und können. Das geht uns alle an.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Würde des Menschen gilt für alle. Unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, Sprache, sexueller Orientierung, Behinderung, Armut. Art. 3 GG verbietet die Diskriminierung von Frauen ebenso wie rassistische Diskriminierung, Antisemitismus, Diskriminierung sexueller oder geschlechtlicher Minderheiten oder

26 Exemplarisch: von Auer, Katja / Micus-Loos, Christiane / Schäfer, Stella / Schrader, Kathrin (Hg.): Intersektionalität und Gewalt. Verwundbarkeiten von marginalisierten Personen und Gruppen sichtbar machen, 2023; bff & Prasad, Nivedita (Hg.): Geschlechtsspezifische Gewalt in Zeiten von Digitalisierung, 2021.

27 Frauenhauskoordinierung: Migrantinnen im Frauenhaus, Newsletter No. 2 / 2008, https://www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/Publikationen/Newsletter/newsletter_2_08_.pdf.

28 Lesenswert: Segato, Rita Laura: Wider die Grausamkeit. Für einen feministischen und dekolonialen Weg, übersetzt von Sandra Schmidt, 2021.

29 EuGH vom 4.10.2024, C608/22 und C609/22, online: <http://curia.europa.eu/>.

30 Zum Weiterlesen: Dyroff, Merle / Maier, Sabine / Pardeller, Marlene / Wischnewski, Alex (Hg.): Feminizide. Grundlagen, Texte und Analysen aus Lateinamerika, 2023.

31 Exemplarisch: Ross, Loretta J. / Solinger, Rickie: Reproductive Justice. An Introduction, Oakland 2017. Siehe auch <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/reproduktive-rechte-2024/>.

von Menschen mit Behinderungen. Der UN-Frauenrechtskonventionsausschuss (CEDAW-Ausschuss) fordert, dass alle staatlichen Stellen und öffentlichen Einrichtungen Frauen in allen Bereichen fördern und ihre politische, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Die sofortigen effektiven Maßnahmen für substantielle Gleichheit müssen insbesondere auf Frauen und Mädchen zugeschnitten sein, die von mehrfacher oder intersektionaler Diskriminierung betroffen sind, also Migrantinnen und geflüchtete Frauen, indigene Frauen, Romnja und Sintizze und andere Frauen, die zu einer ethnischen oder nationalen Minderheit gehören, Frauen in religiösen Minderheiten, Frauen mit Behinderungen, ältere Frauen, alleinerziehende Mütter, lesbische und bisexuelle Frauen, Cis-Frauen wie trans* Frauen, intergeschlechtliche Personen, Frauen auf dem Land und Frauen, die vom Klimawandel betroffen sind, und viele mehr.³²

Der Kampf sogenannter Minderheiten bringt die gesamte Gesellschaft voran. Das sind keine Randgruppen, das sind keine Randfragen, das ist kein Add-on, es geht um alles und alle. Migrantische und antirassistische Kämpfe machen Strukturen sichtbar, statt Diskriminierung zum individuellen Problem zu erklären. Radikalere Ziele werden möglich. Transformation wird nicht nur gedacht, sondern angepackt.

DOI: 10.5771/1866-377X-2025-1-21

Rechtsstaat in Gefahr: Kollektive Demenz

Rede bei der Veranstaltung „#WeTheWomen – Gemeinsam Gleichberechtigung gestalten“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Bundesministerin Svenja Schulze am 4. September 2024 in Potsdam*

Farnaz Nasiriamini

Diplom-Juristin, Politische Soziologin und Lehrbeauftragte, Rechtsreferendarin in Frankfurt a.M., Mitglied des djb-Bundesvorstandes für die Mitglieder in Ausbildung sowie Co-Gründerin des djb-Netzwerks Juristinnen mit Migrationsgeschichte (JuMi)

„Nachmittags in der Stadt. Nichts zu sehen. Keiner würde auch nur im Traum daran denken, dass dies der Tag ist, an dem die größte Katastrophe für die Menschheit begonnen hat!“ – so schrieb Stefan Zweig in seinem Tagebuch, am 01.09.1939. Diese Worte begleiten mich bei der Hochrechnung der Landtagswahl in Thüringen am 01.09.2024. Die AfD führt mit über 30 Prozent. Die Straßen sind ruhig, nichts zu sehen, das auf die drohende Gefahr hinweist. Doch diese Stille täuscht, wie schon 1929 in Thüringen, als die NSDAP erstmals in eine Landesregierung eintrat.¹ Damals wie heute scheint es, als gäbe es nichts zu befürchten, doch in dieser Ruhe liegt das Unheil verborgen.

Die Diagnose ist gestellt: Kollektive Demenz. Doch die Heilung liegt nicht in weiteren politischen Beruhigungspillen², sondern im entschlossenen Aufwachen aus dem sicherheitsfixierten

Der gemeinsame Kampf gegen Lohndiskriminierung 1973 in Neuss und an 300 anderen Orten kam zu einem schlechten Zeitpunkt: Ölkrise, Anwerbestopp, Rassismus, Entlassungen, Ausweisungen, keine Lust zu teilen. Es war also der denkbar schlechteste Moment. Allerdings: verbündet für Feminismus und Antirassismus passt eigentlich nie. Es ist aber immer notwendig.

10 Jahre DaMiga bedeutet mehr als 100 Jahre migrantischer und verbündeter Kämpfe³³ für Frauenrechte statt Fürsorge, für Ansprüche statt Almosen, für Transformation statt Angst und Anpassung, gegen Faschismus, Kapitalismus und Patriarchat.

Auf viele weitere Jahre! Tausend Dank!

32 Vgl. Lembke, Ulrike: Article 4 CEDAW, in: Schulz/Halperin-Kaddari/Rudolf/Freeman (Hg.), *The UN Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women and its Optional Protocol: A Commentary*, 2022, S. 198 ff. mwN.

33 Zum Weiterlesen: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación / Tuzcu, Pinar: Migrantischer Feminismus in der Frauenbewegung in Deutschland (1985–2000), 2021; Oguntoye, Katharina / Opitz, May / Schultz, Dagmar (Hg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, 1986; Bergold-Caldwell, Denise / Digoh-Ersoy, Laura / Haruna-Oelker, Hadja / Nkwendja-Ngoubamdjum, Christelle / Ridha, Camilla / Wiedenroth-Coulibaly, Eleonore (Hg.): Spiegelblicke. Perspektiven Schwarzer Bewegung in Deutschland, 2015; und <https://www.damiga.de/>.

Dämmerschlaf. Denn bei politischen Umwälzungen sind es vor allem Frauen, die von den Folgen der Vergesslichkeit betroffen sind.

Nichts zu ändern? Wir beobachten, wie eine als fortschrittlich geltende Regierung wie die Ampelkoalition grundlegende Reformen im Bereich der Frauenrechte vernachlässigt. Der § 218 StGB, der den Schwangerschaftsabbruch kriminalisiert, bleibt weiterhin bestehen. Wenn diese Regierung nicht in der Lage ist, diesen veralteten Paragrafen abzuschaffen – was müssen

* Farnaz Nasiriamini vertrat dort den djb als Expertin aus der Zivilgesellschaft im Bereich Recht. Neben den Bundesministerinnen Svenja Schulze und Klara Geywitz sowie den Beiträgen von Jennifer Mansey zu Ressourcen und Narin Aytan zu Repräsentation hat sie dort über die Bedeutung der Rechte von Frauen gesprochen. Diese drei „R“ – Rechte, Ressourcen und Repräsentation – sind gemäß BMZ zentral für die Gleichstellung.

1 Friedrich Ebert Stiftung: Thüringen 1930: Erste Landesregierung unter Beteiligung der NSDAP, unter: <https://www.fes.de/beitraege/thueringen-was-uns-hermann-brills-widerstand-gegen-die-nazis-lehrt> (Zugriff für alle Links 10.10.2024).

2 Bundesministerium des Inneren und für Heimat: Kabinett beschließt Gesetzentwürfe zur Umsetzung des Sicherheitspaket, online: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/09/sicherheitspaket.html>